



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/187 - 15.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Neue Teilung der Saar ?	S. 1
Francos Forderungen an die USA	S. 3
Caritas, Kirche und soziale Sicherheit	S. 5
Sage mir, wann Du protestierst ...	S. 7

Unverständlicher Vorschlag

(sp) Die französische Regierung glaubt offenbar, daß es für sie darauf ankommt, eine Formel zu finden, mit der Deutschland die politische Abtrennung der Saar und die wirtschaftliche Einverleibung dieses Gebietes in Frankreich annehmbar gemacht werden kann. Sie wünscht diese Regelung als Ausgleich für Schäden und Verluste, die Frankreich in Kriegen erlitten hat. Erst dieser Tage hat das der französische Hohe Kommissar in Deutschland während eines Aufenthaltes in Kanada in diplomatischer Verbrämung erklärt. Dies ist der Kern des ganzen Problems.

Angesichts des unbezweifelbaren deutschen Charakters des Saarlandes ist das natürlich ein schwieriges, von vielen Peinlichkeiten belastetes Beginnen, zumal in einem Augenblick, in dem man durch den Zwang der Umstände genötigt ist, den Gedanken eines geeinten Europas ganz stark in den Vordergrund zu stellen. Deshalb ist man in Paris darauf verfallen, in der Saarfrage den Begriff "Europa" ebenso zu mobilisieren, wie bei der Konstruktion der Montan-Union und der EVG, die beide das Beiwort europäisch im Sinne einer für alle Teilnehmer gleichen Verpflichtung ebenfalls nicht verdienen.

Die letzte Phase des deutsch-französischen Saar-Gespräches ist durch immer neue Unterbrechungen gekennzeichnet. Die nächste Besprechung soll am 29. August stattfinden. Bisher hält man

offiziell noch an der Absicht fest, das ganze Gespräch bis zum 15. September abzuschließen, d.h. zu dem Termin, an dem das Minister-Komitee des Europa-Rates zusammentritt. Dadurch soll nach dem Wunsch der Bundesregierung die Vorlage des deutschen Saar-Memorandums überflüssig werden, dessen Inhalt immer noch nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt worden ist, das aber nach dem Auftrag des Bundestages an die Bundesregierung vor allem eine Zusammenfassung der Beschwerden über die un-demokratischen Zustände an der Saar und ihre Folgen enthalten soll. Diese Denkschrift sollte bereits im März dieses Jahres vorgelegt werden. Das unterblieb aber nach dem Willen des Kanzlers, der damals wieder einmal, wie sich herausstellte irrtümlich, Anzeichen für ein weitgehendes französisches Entgegenkommen zu erkennen glaubte. Unter der Hand wird auch in Regierungskreisen zugegeben, daß man bis zum 15. September kaum zu einem Ergebnis werde kommen können.

Jetzt ist Außenminister Schuman mit einem neuen Vorschlag hervorgetreten, der nach allem was darüber bisher bekanntgeworden ist, nur Kopfschütteln hervorrufen kann. Es soll im Oktober des Jahres in den ländlichen Bezirken und im Industriegebiet des Saarlandes getrennt gewählt werden. Entscheidet sich die Mehrheit der Wähler in den ländlichen Bezirken gegen eine Europäisierung der Saar (und nach französischer Vorstellung von diesem Wort ist das eine Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes unter gewissen formalen Änderungen im politischen Überbau), dann soll dieser Teil an Deutschland zurückgegeben werden - jedoch nur, wenn sich das Industriegebiet für die Europäisierung ausspricht. Würde man sich in beiden Bezirken, dem landwirtschaftlichen und dem industriellen, gegen eine Europäisierung entscheiden, so könnte sich also nach diesem Vorschlag am gegenwärtigen Zustand gar nichts ändern - eine geradezu absurde Konsequenz. Dabei ist zu beachten, daß Schuman sich gegen eine Verschiebung des Oktober-Termins für die Wahlen ausgesprochen hat und auch, soweit aus seinem Brief an den Bundeskanzler bekanntgeworden ist, nicht von der Zulassung neuer Parteien an der Saar etwas wissen will. Ohne diese Zulassung aber hätten die Gegner einer Europäisierung der Saar im französisch bestimmten Sinne bei der erwiesenen Frankreich-Hörigkeit der Parteien des Hoffmann-Regimes ohnehin keine vernünftige Chance. Das alles ist bis an die Grenze des Zynismus widersinnig.

Es heißt, zu gegebener Zeit würden sich die Amerikaner mit einem Vermittlungs-Vorschlag in die festgefahrene deutsch-französische Saar-Diskussion einschalten. Hoffentlich tun sie es dann nicht von dem Gesichtspunkt aus, dem man in Unterhaltungen mit Amerikanern immer wieder begegnet: Man solle doch nicht so schrecklich kleinlich sein und den großen Europa-Gedanken an den "Zank" um ein Land mit noch nicht einer Million Einwohnern scheitern lassen. -Davon abgesehen, daß fast eine Million deutschsprechende Menschen in einem ungewöhnlich reichen Lande, das für das deutsche Empfinden niemals eine zweitrangige Angelegenheit sein kann, wird sich gerade an der Regelung dieser Frage, an dem Geist in dem sie erfolgt, zeigen müssen, was von dem großen europäischen Gedanken in praxis zu halten ist. Ob man sich in aufrichtiger Gesinnung zu ihm bekennt, mit allen Folgen, die sich daraus ergeben, oder ob man in ihm die moderne Form für die Fortführung einer national egoistischen Politik sieht.

Franco überspannt den Bogen

Von unserem spanischen R.R.-Korrespondenten

In der amerikanischen Presse scheint man sich zu wundern, daß der oberste Kriegsherr und Staatschef Spaniens Forderungen an die Vereinigten Staaten stellt, die in keinem Verhältnis zu den eventuell zu machenden Konzessionen oder gar den Verfügungsmöglichkeiten der amerikanischen Regierung stehen.

Diese Überraschung ist aber nur möglich gewesen, weil man sich in den Vereinigten Staaten noch nicht die Mühe gegeben hat, Ursprung, Verfassung, Ausrichtung und geistige Einstellung des heutigen Spaniens zu untersuchen. Wie alle totalitären Herrscher ist auch General Franco darauf angewiesen, niemals den auch nur geringsten Prestigeverlust zuzulassen, denn die auf dem Willen und der Entscheidung eines einzigen Mannes aufgebaute Staatsführung verträgt auch nicht den geringsten Zweifel daran, daß der "Führer" die Nation immer herrlicheren Zeiten entgegenführt.

Dies ist einer der Gründe der maßlosen Forderungen Madrids. Zu ihnen gesellen sich noch andere, die der sonderbaren geistigen Einstellung entsprechen, die vor allem an leitenden Stellen der Armee und der von der "Katholischen Aktion" maßgebend beeinflussten Kreise führender Intellektueller zu finden ist. Diese Gruppe beherrscht, allerdings auf ausdrücklichen Befehl Francos hin, das Ministerium für Äußeres. Man lebt hier nicht im zwanzigsten, sondern im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, spricht unentwegt vom goldenen Zeitalter des einstigen spanischen Weltreiches und bewertet die Lage stets unter dem Gesichtspunkt der eines Tages unvermeidlichen Wiederherstellung der führenden Rolle Spaniens im Weltgeschehen.

Kleine materielle Hindernisse, wie etwa die mäßliche Wirtschaftslage, die mangelnde Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft und ihre veralteten Methoden werden dabei als unerheblich betrachtet. Eine recht unbedachte und voraussetzungslose Propaganda in den Vereinigten Staaten hat dieses überbewertete Selbstbewußtsein spanischer Generäle und Diplomaten ins Unermeßliche gesteigert. Als man daher

von amerikanischer Seite begann, Angebote zu machen um gewisse strategische Stützpunkte in Spanien in das System der Westverteidigung auf dem Umweg über ein zweiseitiges Abkommen einzufügen, hat man sich in Madrid von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß dies ganz bedeutende Gegenleistungen voraussetze.

Der erste nach Spanien entsandte amerikanische Botschafter nach Aufhebung der diplomatischen Blockade, Stanton Griffis, bemühte sich nach Kräften, diese psychologische Lage durch unbedachte Reden und eine öde, verallgemeinernde und in Franco-Spanien völlig unangebrachte antikommunistische Propaganda zu verschärfen. Er wurde daher eines Tages verabschiedet. Seither wurde von amerikanischer Seite die Parole des Schweigens ausgegeben. Auch von offizieller spanischer Seite wurde nichts verlautbart, was auf den konkreten Inhalt der Verhandlungen Bezug haben konnte.

Es ist jedoch für jeden mit spanischen Verhältnissen einigermaßen vertrauten Beobachter der Lage in Madrid klar, daß weder die an der Spitze der Armee stehenden Hidalgos, noch ihr "Führer" willens oder in der Lage sind, tatsächlich fremden Streitkräften auch nur beschränkte Verfügungsrechte über die Flottenstützpunkte Spaniens, Cartagena und El Ferrol, noch gar über zu schaffende Flugplätze einzuräumen. Es ist ja nicht unbekannt, daß sogar in Großbritannien und Frankreich Schwierigkeiten entstanden als man dem großen Alliierten Stützpunkte einräumte. Eine nationalistische Regierung, wie die des General Franco aber kann dies noch weit weniger. Spanische Generäle sind überdies tiefinnerlichst - wenn auch zu Unrecht - davon überzeugt, daß ihre Streitkräfte unübertreffbar sind und allenfalls nur einige modernere Maschinengewehre benötigen, um gegen jede militärische Weltmacht aufzutreten.

Gegen derartige Auffassungen sind die Amerikaner im Gespräch in Wahrheit völlig machtlos. Daher ist ihnen offenbar auch noch nicht klar geworden, daß General Franco mit seinen phantastischen Forderungen materieller Art in Wahrheit jeder Bindung aus dem Wege zu gehen bestrebt ist, die sein Regime nationalpolitisch als schwach erscheinen lassen könnte.

Protestantismus und Wohlfahrtsstaat

O.G. Auf der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Hannover hat der norwegische Bischof Berggrav im Rahmen eines Vortrages über "Staat und Kirche heute in lutherischer Sicht" eine Stellungnahme zum modernen Wohlfahrtsstaat bezogen, mit der sich der demokratische Sozialismus ernsthaft und kritisch auseinandersetzen hat. Dies ist gerade in Deutschland umso nötiger, als hier systematisch versucht wird, Wohlfahrtsstaat mit Totalitarismus gleichzusetzen. Die Wirkungen der Rede Berggravs sind in der deutschen Öffentlichkeit bereits zu verzeichnen, hat doch inzwischen kein Geringerer als der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesregierung, Superintendent Kunst sie aufgenommen und weitgehend bestätigt.

Die Beurteilung des Wohlfahrtsstaates ist Teil des allgemeinen Problems Kirche und moderner Staat, das mit Recht eines der Hauptthemen auf der Lutherischen Weltbundtagung in Hannover bildete. Hat doch Luthers Lehre von den zwei Reichen jahrhundertlang dazu beigetragen, eine blinde Obrigkeitsverehrung, ja sogar -hörigkeit innerhalb des Protestantismus zu fördern und eine prinzipiell antirevolutionäre Haltung der lutherischen Kirche zu postulieren, ganz im Gegensatz zur Stellung der reformierten Kirchen des Westens zum Staat, in denen die Tradition der puritanischen Revolution des 17. Jahrhunderts nie ganz erloschen war.

Die Unterdrückungen und Verfolgungen, die die protestantischen Kirchen unter den totalitären Regimen des Faschismus und des Bolschewismus zu erdulden hatten und haben, mußten im Protestantismus zu einer Neubestimmung führen, die um die rechte Auslegung des Bibelwortes "Seid untertan der Obrigkeit" kreist. Dieses Wort wurde gerade innerhalb des lutherischen Teils des Protestantismus allzu rasch als Begründung und damit als Entschuldigung für das Bündnis der Kirche mit den jeweils herrschenden Mächten angeführt. Bischof Berggrav, der in Norwegen unerschrocken Widerstand gegen die Eroberer leistete, hat eindeutig herausgestellt, daß auch nach lutherischer Lehre nicht jeder Inhaber von Macht zugleich Obrigkeit sei und daß Gehorsam gegenüber einer Macht, die sich auf Gesetzlosigkeit und Tyrannei gründet, nichts anderes als Sünde sei. Das braucht keineswegs, wie Bischof Berggrav deutlich feststellte, zwangsläufig einen Rückfall in eine christliche Kreuzzugs-Ideologie zu bedeuten. Er hat ausdrücklich vor der Bindung der Kirche an eine bestimmte politische Partei gewarnt.

Das schwierige Kernproblem jedoch, an welchen Kriterien die Obrigkeit zu messen sei, konnte auch Berggrave nicht hinreichend klären. Indem er versuchte, seine grundsätzliche Position nicht am modernen Totalitarismus bolschewistischer oder faschistischer Prägung, sondern am Begriff des Wohlfahrtsstaates zu exemplifizieren, hat er vielmehr zu einer gefährlichen Zweideutigkeit beigetragen. Gerade für den Christen sollte zwischen dem totalen Anspruch eines Regimes, das alle Bereiche des Lebens sich gleichschalten will und der sozialen Planung des demokratischen Wohlfahrtsstaates ein prinzipieller Unterschied bestehen. Wer die totalitären Lehren, die Ersatzreligionen sein wollen, mit den der praktischen Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit dienenden Maßnahmen des demokratischen Sozialismus, die Glaubens- und Gewissensfreiheit stets respektieren, gleichsetzt, bringt zwei völlig verschiedene Ebenen in unzulässiger Weise durcheinander.

Bischof Berggrav warf dem Wohlfahrtsstaat vor, er wolle den Armen und Kranken als Recht zukommen lassen, was das Evangelium ihnen nur als Gabe oder Gnade darreichen wolle. Das ist nichts anderes als das Bekenntnis zur bloßen Caritas gegenüber der sozialen Wirklichkeit. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft hat aber eindringlich bewiesen, daß Caritas die soziale Ungerechtigkeit nicht nur nicht beseitigt, sondern sogar zu deren Verewigung beiträgt, weil sie die Gewissen beruhigt und zu Heuchelei und Pharisäertum erzieht.

Die Botschaft der Nächstenliebe auf Caritas einschränken zu wollen, heißt, das Evangelium mißverstehen und mißbrauchen. Nicht zuletzt sind es Christen gewesen, die den schreienden Gegensatz zwischen der geübten Mildtätigkeit der offiziellen Kirche und der dennoch bestehenden sozialen Spannung und Ungerechtigkeit erkannten und sich deshalb die Forderung der Sozialisten nach Änderung der gesamten Gesellschaftsstruktur zu eigen machten. In Deutschland hat diese Erkenntnis erst nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches weiter Platz gegriffen. In England dagegen ist sie seit Jahrzehnten Gemeingut. Der Verwirklicher des demokratischen Wohlfahrtsstaates in England, Sir Stafford Cripps, war einer der größten Christen unseres Jahrhunderts. Will man ihn nun zum Ketzler stempeln?

Es ist deshalb dringendes Gebot der Stunde, daß Männer der Kirche in Deutschland die Auseinandersetzung mit den Thesen Berggravs auch auf der theologischen Ebene aufnehmen. Wir könnten sonst das beschämende Schauspiel erleben, daß die Erhardische Wirtschaftspolitik nun auch noch mit protestantischer Ideologie (denn derartige Thesen sind Ideologie und nicht Evangelium) verbrämt wird.

+ + +

Warnung vor KP-Machwerk (sp) Die illustrierte Frauenzeitschrift "Die Frau von heute", die im Neuer Frauen-Verlag, Düsseldorf, herausgegeben wird, ist eine sehr geschickt aufgemachte und noch geschickter getarnte kommunistische Zeitung. Sie ist die Westausgabe der "Frau von heute", die in der Ostzone als das Organ des kommunistischen deutschen Frauenbundes erscheint. Während in der Ostausgabe es nur so von Frauengelöbnissen wimmelt, ihre Söhne für die Volkspolizei herzugeben und alles für die Verteidigung von Piekstein zu tun, wird in der Westausgabe ganz groß in Pazifismus gemacht. Leider ist eine Reihe von führenden Frauen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik auf diese Zeitschrift hereingefallen und wir möchten ausdrücklich vor diesem kommunistischen Machwerk warnen.

+ + +

Sage mir, wann Du protestierst ...

ae. Zu den sonderbarsten politischen Parteigebildern in der Sowjetzone gehört die Liberale Demokratische Partei, von Anfang an toleriert und eifrig gefördert von den Kommunisten und der sowjetischen Militäradministration. Ihre Existenz und ihr Wirken sollen in aller Welt beweisen, daß es in der Sowjetzone noch so etwas wie politische Meinungsfreiheit gebe. So werden denn die Führer der LDP mit sowjetischen Ehren überhäuft und auch öfter nach Moskau eingeladen. Das hat seine guten Gründe: Der Krenl benötigt die LDP, um mit ihr und den Kommunisten seine gefährlichsten Feinde auf deutschem Boden, nämlich die Sozialdemokraten, besser erledigen zu können.

Die LDP machte alle Schwankungen und Phasen der sowjetischen Deutschlandpolitik mit, ihre Willfährigkeit und Liebedienerei kannte und kennt keine Grenzen. Sie schwieg, als Zehntausende Sozialdemokraten ihre Opposition gegen das SED-Regime mit Verhaftung, Deportation und Kerkerstrafen büßen mußten, sie schwieg zur Vergewaltigung der Menschenrechte und zu all' dem Schmachvollen, was die Bevölkerung der Sowjetzone seit 1945 über sich ergehen lassen muß.

Das nimmt nicht wunder. Die LDP war und ist trotz ihres etwas widersinnigen Namens, eine sowjetische Satelliten-Partei, ein brauchbares Instrument für den Krenl.

Was aber höchst erstaunlich wirkt, ist, daß die Partei des Vizekanzlers Blücher erst in diesen Tagen sich offiziell und in aller Schärfe von ihren Gesinnungsgenossen in der Sowjetzone lossagte. Und der Grund? Die LDP hat sich bedingungslos zum „Aufbau des Sozialismus“ und zum Marxismus und Leninismus bekannt. Man weiß, was das bedeutet. Als die Menschlichkeit in Gefahr war, hatte die FDP nichts an dem Schweigen ihrer Bruderpartei im Osten auszusetzen. Jetzt, wo es auch um das Eigentum geht, entdeckt sie plötzlich die schändliche Rolle, die die LDP in der Ostzone spielt. Anlaß und Zeitpunkt dieser Absage werfen ein bezeichnendes Licht auf die Kräfte, die die FDP von innen her bewegen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau